

17. Juli 2026

Wirtschaftliche Entwicklung in nordrhein-westfälischer Metall- und Elektroindustrie spitzt sich weiter zu

- **Produktion im ersten Jahresdrittel um 7,6 Prozent eingebrochen, Beschäftigtenstand im April um 21.000 gegenüber Vorjahresmonat gesunken**
- **Präsident Kirchhoff: „Wir müssen in Deutschland unsere Kosten-Wettbewerbsfähigkeit dringend verbessern“**

Die Wirtschaftslage in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie (M + E) hat sich im ersten Jahresdrittel 2026 weiter verschlechtert. In den ersten vier Monaten des Jahres verzeichnete der größte Industriezweig des Landes gegenüber dem Vergleichszeitraum 2025 ein Minus von 7,6 Prozent. Besonders heftig ins Kontor schlugen dabei die Automobilindustrie (-8,8 Prozent), die Metallerzeugnisse (-9,6 Prozent) sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (-12,4 Prozent). Der anhaltende Produktionsrückgang schlägt sich immer mehr auf die Beschäftigung nieder, die im Vormonatsvergleich bereits den 33. Monat in Folge rückläufig ist. Im April waren in der NRW-Metall- und Elektroindustrie fast 21.000 Personen weniger in Lohn und Brot als noch vor Jahresfrist.

Der Präsident des Verbandes der Metall- und Elektro-Industrie Nordrhein-Westfalen (METALL NRW) sagte am 17. Juli in Düsseldorf, die Negativ-Entwicklung in der NRW-M + E-Industrie sei Ausdruck des dramatischen Verlustes an Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland insgesamt. „Die hohen Kosten deutscher Produktionsstandorte lassen sich auf dem Weltmarkt vielfach nicht mehr verdienen“, betonte Kirchhoff. Kirchhoff erklärte, Politik und Sozialpartner müssten dringend alles tun, um die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industriestandorte zu stärken. Diese Erkenntnis sei aber leider immer noch nicht übergreifender Konsens. „Wenn wir diese Talfahrt beenden und nicht weiter ungebremst Arbeitsplätze unwiederbringlich verlieren wollen, dann müssen wir unsere Kosten-Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Dazu gehören auch die Arbeitskosten“, erklärte der NRW-Metallarbeitsgeberpräsident.

Als weiteres „absolutes Warnsignal“ bezeichnete Kirchhoff die NRW-Auswertung einer aktuellen Umfrage des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall unter den Unternehmen der deutschen Metall- und Elektroindustrie, an der sich landesweit 334 Betriebe und bundesweit 1.061 beteiligt hatten. Danach bewerten 55 Prozent der NRW-Unternehmen ihre Geschäftslage als schlecht (Bund: 42 Prozent). Mit Blick auf die Geschäftserwartungen rechnen in NRW 92 Prozent der Betriebe mit keiner Verbesserung für das Jahr 2026

Kontakt:

Dipl.-Volksw.
Hubertus Engemann

Mitglied der
Hauptgeschäftsführung

Leitung
Kommunikation

Fon: 0211 4573-232/233

Fax: 0211 451370

engemann@metall.nrw

www.metall.nrw

Damit Industrie Zukunft hat.

(Bund: 86 Prozent). 71 Prozent der NRW-Betriebe sehen derzeit auch keine absehbare Normalisierung und damit eine erschwerte Planbarkeit (Bund: 65 Prozent). Bei der Beschäftigung rechnen an Rhein und Ruhr 47 Prozent der Betriebe mit einem weiteren Abbau (Bund: 41 Prozent) und nur 8 Prozent mit einem Aufbau (Bund: 11 Prozent). 51 Prozent der M+E-Unternehmen in NRW gaben an, ihre Investitionen im Jahr 2026 reduzieren zu wollen (Bund: 44 Prozent).

Nach Auffassung der Unternehmen bremsen gravierende Standortprobleme die Investitionen hierzulande: In NRW sind dies an erster Stelle für 72 Prozent der Betriebe die Arbeitskosten (Bund: 71 Prozent), es folgen mit 67 Prozent die Energiekosten (Bund: 58 Prozent), mit 62 Prozent der Bürokratieaufwand (Bund: 57 Prozent) und mit 59 Prozent die fehlende Planbarkeit (Bund: 47 Prozent). In dieser Reihenfolge sind dies auch die Standortfaktoren, bei denen die Unternehmen den größten Handlungsbedarf sehen.

Der Umfrage zufolge nimmt auch der Verlagerungsdruck ins Ausland zu. 26 Prozent der NRW-Unternehmen bauen im Ausland Arbeitsplätze auf oder sind in der Planung (Bund: 32 Prozent). Besonders betroffen sind hier mit 92 Prozent die Bereiche Produktion/Fertigung (Bund: 89 Prozent), mit 35 Prozent die IT (Bund: 31 Prozent) und mit 34 Prozent Forschung&Entwicklung (Bund: 38 Prozent).

Auf die sich zuletzt noch weiter zuspitzende Standortkrise würden die Metallarbeitgeber nach Worten Kirchhoffs seit Jahren hinweisen. Echte Konsequenzen seien bislang aber leider ausgeblieben. „Wenn 95 Prozent unserer Betriebe und 92 Prozent bundesweit die Attraktivität des Standorts schlechter bewerten als vor zehn Jahren, dann muss doch wirklich allen klar sein, was die Stunde geschlagen hat“, sagte Kirchhoff. Angesichts der zuletzt zwar richtigen, aber in der Summe viel zu kurzen Schritte der Reformbemühungen laufe Deutschland Gefahr, dass die Dynamik der ökonomischen Realitäten politische Entscheidungsprozesse überhole. Alle müssten sich bewusst machen, dass nur mit zügigen weitreichenden Reformen die Chance auf wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen an den deutschen Standorten gewahrt bleiben könnte. Ohne ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft werde es kaum gelingen, auf Dauer eine wettbewerbsfähige M+E-Industrie und damit hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. „Jetzt muss alles Priorität haben, was Wachstum schafft“, erklärte Kirchhoff.